

Reinold E. Thiel

Die Exportorientierung des Wirtschaftswachstums Rosa Luxemburg und die Krise der kapitalistischen Produktionsweise

Der Präsident von Mali, einem der ärmsten Länder der Welt, hat es vor der WTO-Konferenz von Cancun auf eine eingängige Formel gebracht: „Erst wenn wir Hemden exportieren statt Baumwolle, werden wir anfangen, uns zu entwickeln.“ Er hat es erkannt: Industrie bringt Wohlstand. Und größeren Wohlstand erst dann, wenn man nicht nur Hemden produziert, sondern auch die Nähmaschinen dazu, dann die Werkzeugmaschinen, mit denen die Nähmaschinen produziert werden, und schließlich die Computer, auf denen die Programme für die Werkzeugmaschinen geschrieben werden. Die reichen Länder sind die, die Industrieprodukte exportieren, die armen die, aus denen die Rohstoffe kommen. Mali hat außer Rohstoffen nichts.

Lange war der Club der Industriestaaten eine geschlossene Gesellschaft. Dann kamen neue Länder dazu, vor allem die ostasiatischen Tigerstaaten, die *Newly Industrialised Countries (NICs)*. Ihre industrielle Entwicklung begann mit der Textilindustrie, wie seinerzeit in England – nun kamen unsere Hemden aus Hongkong, nicht mehr aus Krefeld. Das kostete Arbeitsplätze bei uns: 1950 waren in der deutschen Textilindustrie 700.000 Menschen beschäftigt, 1997 noch 132.000. Als die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie zu schrumpfen begann, in den 60er Jahren, erschien das als Katastrophe, aber noch entstanden genügend Arbeitsplätze in anderen Industriezweigen. Inzwischen aber beliefern uns die *NICs* nicht nur mit Textilien, sondern mit Industrieprodukten aller Art, und auch die Dienstleistungen, von denen man damals noch annahm, sie würden mit zusätzlichen Arbeitsplätzen den Ausgleich schaffen, werden in Billiglohnländer verlagert; die Entwicklung der Informationstechnologie macht's möglich. Nun erst wird deutlich, welches Dilemma der Aufbau industrieller Kapazitäten in den Schwellenländern tatsächlich für uns, für die alten Industrieländer, bedeutet. Wir können nicht mehr so viele neue Arbeitsplätze schaffen wie alte verloren gehen, und auch die Neuerungen, denen wir noch einen Vorsprung verdanken, übernehmen die *NICs* in immer kürzerem Abstand, oder überholen uns sogar.

Aber es war doch das Ziel unserer Entwicklungspolitik, dass die Länder der Dritten Welt sich entwickeln, dass sie aufholen, dass sie unser Wohlstandsniveau erreichen! Das ist nur möglich, wenn sie Arbeitsplätze schaffen, wenn sie Industrien aufbauen. Haben wir eigentlich ein Recht, die Entstehung von Arbeitsplätzen in Entwicklungs- und Schwellenländer zu kritisieren? Haben wir mit den Folgen, die das für uns hat, nicht gerechnet?

Über Jahrzehnte hinweg hieß die Maxime der Entwicklungspolitiker und der *Mainstream*-Ökonomen Exportorientierung. Wir selbst loben uns dafür, dass wir große Exportüberschüsse haben: Deutschland ist der Export-Weltmeister. Das ist das klassische kapitalistische Wachstumsmodell. Als die Experten der Weltbank den wirtschaftlichen Aufstieg Ostasiens untersuchten („The East Asian Miracle“, 1993), führten sie ihn auf Exportorientierung der Wirtschaft zurück. Auch wenn sie damit fälschlich zur Ursache erhoben, was in Wirklichkeit die Folge der Entwicklung war, beschrieben sie doch diese Folge richtig: Entwickelte Industriestaaten sind darauf angewiesen, ihre Produktionsüberschüsse zu exportieren.

Vor gut 90 Jahren, vor dem Ersten Weltkrieg, erschien ein Buch, das diesen Prozess analysierte: „Die Akkumulation des Kapitals“ von Rosa Luxemburg (1913). Sie beschreibt darin zunächst, den Überlegungen aus dem zweiten Band des „Kapital“ folgend, dass die kapitalistische Produktion „Lebensmittel“ und „Produktionsmittel“ herstelle: also zum einen alles das, was für das Leben und die Reproduktion der Arbeiter und der Bevölkerung im allgemeinen erforderlich ist, zum anderen neue Investitionsgüter, zum Ersatz der alten, verbrauchten und zur Ausweitung der Produktion. Damit, fährt sie dann fort, „kann es nun aber doch sein Bewenden nicht haben“: weil nämlich „die zahlungsfähige Konsumtion der Gesellschaft mit der Ausdehnungsfähigkeit der Produktion nicht Schritt“ hält. Es muss „noch eine dritte Portion Waren“ geben, die, von der kapitalistischen Produktion erzeugt, „weder zur Erneuerung der verbrauchten Produktionsmittel, noch zur Erhaltung der Arbeiter und Kapitalisten bestimmt ist (...). Es wird eine Portion Waren sein, die jenen (...) Teil des (...) Mehrwerts enthalten, der so eigentlich den Lebenszweck des Kapitals darstellt: den zur Kapitalisierung, zur Akkumulation bestimmten Profit.“ Womit sich die Frage stellt: „Welcher Art Waren sind das nun, (...) und wer nimmt sie den Kapitalisten ab?“

Und dann kommt Rosa Luxemburg auf die Antwort, die Karl Marx nicht mehr geben konnte, weil er, wie sie erklärt, den zweiten Band des „Kapital“ nicht fertigstellen, das Problem nicht zu Ende denken konnte: Die Abnehmer für die überschüssige Produktion sind (neben den schrumpfenden nichtkapitalistischen Schichten in den Industrieländern, also Bauern und Handwerkern) vor allem die Länder außerhalb der kapitalistischen Sphäre: „In Wirklichkeit gibt es neben alten kapitalistischen Ländern noch in Europa selbst Länder, in denen bäuerliche und handwerksmäßige Produktion bis jetzt sogar stark überwiegen, wie Russland,

der Balkan, Skandinavien, Spanien. Und endlich gibt es (...) gewaltige Kontinente, auf denen die kapitalistische Produktion erst auf wenigen zerstreuten Punkten Wurzeln geschlagen hat. (...) Die kapitalistische Produktion ist als echte Massenproduktion auf Abnehmer (...) aller anderen Länder angewiesen“ (alle Zitate: Luxemburg 1913: 391-395, 412, Antikritik.). Angewiesen ist die kapitalistische Produktion also auf Abnehmer in den damaligen Kolonien, in den heutigen Entwicklungsländern, den Ländern der Peripherie. Aus diesen Ländern importiert sie ihre Rohstoffe, in diese Länder exportiert sie ihre Fertigprodukte.

Karl Kautsky, auf den sich Rosa Luxemburg beruft, ist zu einer ähnlichen Einsicht gekommen: dass nämlich die Großindustrie im eigenen Land nur einen „für sich allein nicht ausreichenden Markt“ für die von ihr hergestellten Produkte vorfinde und deshalb „einen zusätzlichen Markt außerhalb ihres Bereiches in den noch nicht kapitalistisch produzierenden (...) Nationen suchen“ müsse (zitiert nach Luxemburg 1913: 413).

Das Entscheidende bei diesem Verhältnis zwischen den kapitalistischen und den „anderen“ Ländern ist nun, dass nach der Analyse Rosa Luxemburgs ohne die anderen Länder als Absatzmärkte ein für die Akkumulation verfügbarer Profit gar nicht entstehen würde, dass diese Länder aus dem kapitalistischen (Welt-)System nicht weggedacht werden können, vielmehr dessen konstitutiver Bestandteil sind. „Die Existenz nichtkapitalistischer Abnehmer des Mehrwerts ist also direkte Lebensbedingung für das Kapital und seine Akkumulation“ (287). Das ist ironischer Weise das, was heute auch die marktliberalen Ökonomen sagen, wenn sie darauf bestehen, dass Wirtschaftswachstum nur bei Exportorientierung möglich sei. Luxemburg hat aber die Entwicklung weitergedacht: Neue Länder werden zur kapitalistischen Produktionsweise aufschließen (sie dachte damals an Russland, wir sprechen von Schwellenländern), d. h. immer mehr Industrieländer werden um die Märkte konkurrieren. „Je mehr kapitalistische Länder aber an dieser Jagd nach Akkumulationsgebieten teilnehmen und je spärlicher die nichtkapitalistischen Gebiete werden (...), um so erbitterter wird der Konkurrenzkampf des Kapitals“ (396). Das ist das, was wir heute erleben. Am Ende steht eine „ausschließliche Weltherrschaft der kapitalistischen Produktion (...): die Akkumulation, d. h. weitere Expansion des Kapitals wird unmöglich, der Kapitalismus gerät in eine Sackgasse, (...) er erreicht seine objektive ökonomische Schranke“ (478).

Bis dahin wird es noch eine Weile dauern, aber was kommt, wenn dieser von ihr prognostizierte Endpunkt erreicht wird? Das wird in dieser Form nicht geschehen, sagt sie – lange vorher werden sich die Klassengegensätze so verschärfen, dass es „zur Rebellion des internationalen Proletariats gegen das Bestehen der Kapitalherrschaft“ (397) kommen wird. Zum Ende der Geschichte also. Aber dazu, das wissen wir schon, kommt es nie, die Geschichte hat kein Ende und keinen Zielpunkt.

In der Exportkrise, die Rosa Luxemburg vorausgesagt hat, befinden wir uns heute. Täglich gehen 1.500 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren, der Großteil wird in Schwellenländer verlagert, die Absatzmärkte werden von neuen Unternehmen in diesen Ländern übernommen. Was also tun, um Arbeitsplätze bei uns zu sichern? Eine häufig gegebene Antwort ist, dass wir die Binnennachfrage stärken sollten, durch *deficit spending* nach keynesianischem Rezept, dann werde die Wirtschaft wieder anspringen und die Krise überwunden werden. Aber Keynes schrieb seine Rezepte für eine Mangelgesellschaft – die Überflusgesellschaft, in der wir heute leben (auch wenn nicht alle daran teilhaben), kannte er nicht: Alle haben schon alles, was sie brauchen. Unser System wird nicht wieder anspringen, Japan befindet sich in einer solchen Situation seit 15 Jahren, ohne dass die massiven Staatsinvestitionen (jeder Feldweg ist inzwischen asphaltiert, Kredite gibt es zum Nullzinssatz) zu einem neuen Aufschwung geführt hätten.

Dennoch ist der Hinweis auf den Binnenmarkt richtig. Die Exportmöglichkeiten der alten Industrieländer (auch die jetzt noch vorhandenen) werden schrumpfen, unsere Wirtschaft wird impandieren statt expandieren, unser Wohlstand wird abnehmen. Dass wir auf künftiges, noch dazu auf stetiges Wachstum hoffen, ist eine Illusion. Wir werden ärmer werden. Die alten Industriestaaten sind die *Newly Declining Countries* (NDCs). Darauf müssen wir uns vorbereiten, um gesellschaftliche Verwerfungen zu vermeiden, um unsere Verarmung „sozialverträglich“ zu gestalten.

Einer der Wege dazu wird sein, dass wir die Instrumente, die uns einst den Weg nach oben ermöglichten, nun auch auf dem Weg nach unten anwenden: Ungehemmte Liberalisierung ist ebenso schädlich für aufstrebende Volkswirtschaften wie für absteigende. Wir müssen Strategien entwerfen, um unsere eigene Wirtschaft zu schützen. Das bedeutet: keine billigen Arbeitskräfte von außen, solange es so viele Arbeitslose gibt. Das bedeutet: keine subventionierten Exporte von Rübenzucker mehr, aber Schutz der Produktion für unseren eigenen Bedarf. Wir haben gefordert, dass Entwicklungsländer das Recht haben müssen, sich selbst zu ernähren – nun müssen wir das Recht auch für uns fordern.

Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, das nicht mehr auf den Export der Überschussproduktion angewiesen ist, und das bedeutet: ein binnenmarkt-orientiertes Wirtschaftssystem. Welche Konsequenzen das hat, haben wir noch gar nicht richtig erfasst. Die Ökonomen sollten anfangen darüber nachzudenken. Wir brauchen ihre Antwort bald.

Literatur

Kautsky, Karl (1902). In: *Neue Zeit*, Nr. 3 (29), S. 80 (zit. nach Luxemburg 1913, S. 413).

Luxemburg, Rosa (1913): *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus*. Zit. nach der Ausgabe Berlin, VIVA 1923

World Bank (1993): *The East Asian Miracle. Economic Growth and Public Policy*. Oxford.

Anschrift des Autors:

Reinold E. Thiel

ret-gzt@t-online.de